

Finanzfit für 2020



NACHLESE

Bank Austria KommunalForum 2018

Die Bank für alles,
was wichtig ist.

 **Bank Austria**
Member of  **UniCredit**



..... **Inhalt**

3 Vorwort von
Wolfgang Figl und Peter Biwald

4 Globale Entwicklungen: „Österreich
darf den Anschluss nicht verlieren“

6 Interview: „Die Leidenschaft fördern,
etwas gestalten zu wollen“

8 Konjunktur:
„Die USA müssten sparen“

12 Transparenz: Fünf Jahre
offenerhaushalt.at

14 VRV neu: Managementbericht
und Überleitungstool

16 Service: Kommunales Finanz-
management einfach(er) gemacht

18 Meinungen und
Kommentare

20 Ansprechpartner
und Kontakt

publicsector.at

Vorwort



Wolfgang Figl
Leiter Bereich
Public Sector,
UniCredit Bank Austria

Finanztechnisch wird 2019 ein heißes Jahr für die österreichischen Gemeinden: Die Vorbereitungen zur Umsetzung der VRV 2015, also des neuen Haushaltsrechts, laufen auf Hochtouren.

Entlastung für die kommunale Praxis

Für viele Gemeinden ist das kein einfaches Unterfangen, umso mehr ist Unterstützung willkommen. Im Rahmen unseres jährlichen Bank Austria KommunalForums haben wir daher auch dieses Mal wieder

hilfreiche Tools präsentiert, die in Zusammenarbeit mit dem KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung entwickelt wurden.

So steht ab sofort ein Managementbericht als praktisches Informations- und Kommunikationstool – sowohl gegenüber dem Gemeinderat als auch gegenüber den Bürgerinnen und

Bürgern – zur Verfügung. Ein weiteres Tool unterstützt die Kommunen bei der Überleitung ihrer aktuellen Haushaltsdaten in den neuen Voranschlag und Rechnungsabschluss. Das erspart zeitaufwändiges Übertragen und Umrechnen.

Verlässliche Partner, vertrauensvolle Kooperation

Seit zwölf Jahren schon veranstaltet die UniCredit Bank Austria in bewährter Zusammenarbeit mit dem KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung, dem Österreichischen Städtebund und dem Österreichischen Gemeindebund das Bank Austria KommunalForum. Gemeinsames Ziel: Wir wollen aktuelle Themen der Kommunalwirtschaft aufgreifen und die Gemeinden in ihrer täglichen Arbeit unterstützen.

Mit diesem Engagement zeigt die UniCredit Bank Austria regelmäßig ihr Bekenntnis zum kommunalen Sektor. Als verlässlicher Finanz- und Ansprechpartner stehen wir der öffentlichen Hand mit umfassendem Know-how und flexiblen Lösungen zur Verfügung.

Danke für Ihre Vertrauen! Wir sind gerne für Sie da.



Peter Biwald
Geschäftsführer
KDZ – Zentrum für
Verwaltungsforschung

Die Umsetzung der Haushaltsreform geht in die Zielgerade. Der vor kurzem beschlossene Voranschlag 2019 ist der letzte in rein kameraler Form mit ordentlichem und außerordentlichem Haushalt.

Der Voranschlag Neu ist für das Jahr 2020 erstmalig zu erstellen. Dabei wird neben dem Finanzierungsvoranschlag (Einzahlungen und Auszahlungen) zum ersten Mal auch ein Ergebnisvoranschlag aufzustellen sein. Im Ergebnisvoranschlag sind die Erträge und Aufwendungen zu budgetieren

und damit die Abschreibungen des Anlagevermögens (z. B. für Gebäude, Straßen, Fahrzeuge). Dies erfordert, dass bis zum Sommer 2019 insbesondere das Sachanlagevermögen der Gemeinden erfasst und bewertet ist. Aus dem Anlagennachweis wird der Abschreibungsaufwand in den Voranschlag 2020 übernommen.

Verstehen und Lernen

Der neue Gemeindehaushalt bringt mit dem Ergebnis- und Finanzvoranschlag einen vollständig veränderten Aufbau. Für die

Jahre 2019/2020 bedarf es Schulungen, Schulungen und Schulungen, um sich mit dem neuen Haushalt vertraut zu machen. Sowohl die Politik als auch die Verwaltung sollten mit der neuen Struktur und den Inhalten vertraut sein.

Die Eröffnungsbilanz kann frühestens im zweiten Quartal 2020 erstellt werden, da es dafür zahlreicher Positionen des Rechnungsabschlusses 2019 bedarf, der bis Ende März 2020 aufgestellt und beschlossen wird. Spätestens im März 2021 ist die Eröffnungsbilanz mit dem Rechnungsabschluss 2020 vorzulegen und vom Gemeinderat zu beschließen.

KDZ – Schulungen und Beratung

Das KDZ unterstützt mit Tools, Schulungen und Beratung vor Ort. In den vergangenen drei Jahren haben wir in 150 Seminaren rund 3000 TeilnehmerInnen unsere Erfahrungen weitergegeben. Für weitere 150 Seminare sind wir gerüstet. Mit dem Kontierungsleitfaden für Gemeinden und Gemeindeverbände steht ein konkretes und bewährtes Handbuch für die Praxis zur Verfügung – erstmals auch online. Für das Finish beraten wir Gemeinden vor Ort – bei Bewertungsfragen, der Umsetzung des Voranschlags und der Erstellung der Eröffnungsbilanz.



„Österreich darf den Anschluss an globale Entwicklungen nicht verlieren“

Wenn es um den Ausbau der digitalen Infrastruktur geht, sind sich Thomas Weninger, Generalsekretär des österreichischen Städtebundes, und Alfred Riedl, Präsident des österreichischen Gemeindebundes einig: Es braucht einen Schulterschluss aller politischen Ebenen.

Sind die Kommunen schon fit für die digitale Zukunft?

Alfred Riedl: Rund zwei Drittel aller österreichischen Gemeinden sind infrastrukturell schon ganz gut ausgerüstet. Etwa 60 Prozent sind mit dem bisher erfolgten Ausbau des mobilen Internets zufrieden. Beim weiteren Ausbau des Glasfasernetzes wünschen sich die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aber mehr Koordination seitens der Länder und des Bundes. Nur so können ganze Regionen rascher zu einem schnelleren Internet kommen.

Thomas Weninger: Österreich darf den Anschluss an globale Entwicklungen nicht verlieren. Die Digitalisierung bietet viele neue Chancen. Dessen sind sich die Gemeinden bewusst. Als Element der Daseinsvorsorge muss die Breitbandinfrastruktur und deren Ausbau von der öffentlichen Hand getragen werden. Es braucht hier ganz klar einen Schulterschluss aller Ebenen.

Kinderbetreuung ist ebenfalls ein wichtiges Thema. Was kommt jetzt zuerst: der Breitbandausbau oder mehr Kinderbetreuungsstellen?

Alfred Riedl: Das darf keine Entweder-Oder-Entscheidung sein. Für die wirtschaftliche Entwicklung ist Breitband eine Grundvoraussetzung. Damit die Menschen arbeiten können, braucht es eine ausreichende Kinderbetreuung. Diese sicherzustellen, muss Priorität bleiben.

Thomas Weninger: Gerade die Digitalisierung ermöglicht es, die Arbeit zu den Menschen zu bringen. Das ist vor allem außerhalb von Ballungszentren wichtig. Eltern in bestimmten Berufen müssen nicht mehr stundenlang zwischen Wohnung und Job pendeln, sondern können von zuhause aus arbeiten. Es bleibt ihnen mehr Zeit für ihre Kinder.

Alfred Riedl: Was natürlich nicht heißt, dass die Kinderbetreuung außerhalb der Familie nicht auch weiter ausgebaut werden muss. Die Anstrengungen, die die Kommunen diesbezüglich in

den vergangenen Jahren unternommen haben, sind großartig: Die Gemeinden erhalten bereits mehr als 4.500 Kinderbetreuungseinrichtungen und beschäftigen rund 36.000 Betreuerinnen und Betreuer. Dafür nehmen sie jährlich rund 1,4 Milliarden Euro in die Hand.

Kommen wir zum Thema Pflege: Für den abgeschafften Pflegeergess gibt es jetzt Ersatzzahlungen. Sind Sie mit dieser Lösung zufrieden?

Thomas Weninger: Beim Pflegeergess wurde leider nicht weiter als bis zum Wahltag gedacht. Der lautstarke Protest der Gemeinden war deshalb notwendig und hat Wirkung gezeigt. Wirklich zufrieden können wir aber erst sein, wenn es ein Gesamtkonzept für die Pflege der Zukunft gibt.

Alfred Riedl: Für dieses Gesamtkonzept haben wir als Gemeindebund auch einen wichtigen Vorschlag aufs Tapet gebracht. Pflegeleistungen von Angehörigen sollen genauso anerkannt werden wie Kindererziehungszeiten. Da werden von den Familien gesellschaftspolitisch enorm wichtige Aufgaben übernommen. Das muss in irgendeiner Form seinen Niederschlag finden.

Ihre Wünsche für das Jahr 2019?

Alfred Riedl: Ich kann nur wiederholen, was ich schon für 2018 gesagt habe: Wir wünschen uns, dass wir als Kommunalvertreter direkter in die Entscheidungen einbezogen werden, die uns betreffen. Bei Themenfeldern, bei denen es um unsere Agenden geht, brauchen wir in den Vereinbarungen nicht den Umweg über die Länder. Das soll man direkt mit uns ausmachen, beim Finanzausgleich funktioniert das ja auch.

Thomas Weninger: Dem kann ich nur uneingeschränkt zustimmen. Dem Bund würde es vieles erleichtern, wären der Städtebund und der Gemeindebund bei 15a-Vereinbarungen gesetzlich verankerter Vertragspartner.



Thomas Weninger ist seit 2006 Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes. Zuvor war er als Leiter der Magistratsabteilung 27 im Magistrat Wien für die Bereiche Daseinsvorsorge, Energie, Wirtschaftsentwicklung, Förderungen und Europäische Angelegenheiten zuständig.



Alfred Riedl ist seit März 2017 Präsident des Österreichischen Gemeindebundes und seit 1990 Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Grafenwörth/NÖ. Von 1998 bis 2018 war er Abgeordneter im NÖ Landtag.

„Die Leidenschaft fördern, etwas gestalten zu wollen“

Was bewegt Österreichs Gemeinden? Derzeit stehen leistbares Wohnen, Bildung, Arbeit und Migration weit oben auf der kommunalen Agenda. Die Innsbrucker Vizebürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer und der Bürgermeister von Neudörfel, Dieter Posch, dazu im Interview.



Wie leistbar ist Wohnen noch in Ihrer Gemeinde?

Dieter Posch: Neudörfel ist ein attraktiver Standort für Betriebsansiedlungen. Damit sind sozialer Wohnbau und leistbares Wohnen schon seit vielen Jahren bei uns ein Thema. Rund ein Drittel unserer Bevölkerung lebt hier im verdichteten Wohnbau. Das ist für eine Gemeinde im Burgenland eher untypisch. Über Genossenschaftswohnungen – derzeit sind rund 150 neue in Bau – decken wir die Nachfrage gut ab.

Gilt das auch für junge Familien?

Dieter Posch: Leider zeigt sich, dass vor allem junge und einkommensschwache Familien immer weniger die Chance haben, sich Wohnen in den eigenen vier Wänden leisten zu können – auch, weil sie oft keinen Kredit bekommen. Viele können ihr ganzes Leben lang nichts für Wohnungseigentum zurücklegen. Sie müssen das meiste Einkommen für Miete ausgeben, um überhaupt ein Dach über dem Kopf zu haben. Für sie ist es unmöglich, ein eigenes Haus oder eine Eigentumswohnung anzuschaffen. Die Entwicklung zwischen Einkommen und Wohnungspreisen geht immer weiter auseinander. Als Reaktion darauf haben wir bereits 40 leistbare Startwohnungen errichtet, weitere sind in Bau.

Wie ist die Wohnsituation in Innsbruck?

Christine Oppitz-Plörer: Wir wollen, dass die Menschen in Innsbruck gut leben können. Dafür muss es leistbaren Wohnraum geben. Deshalb haben wir gemeinsam mit unseren Regierungspartnern die bislang größte Wohnbauoffensive seit den Olympischen Spielen 1976 gestartet. Ziel ist, den Gesamtbestand von Mietwohnungen, für die die Stadt die Vergabe hat, auf über 18.000 zu erhöhen. Wir werden auch ganz besonders darauf schauen, dass vor allem jenen Menschen, die keine städtische Wohnung erhalten können und sich am freien Wohnungsmarkt schwertun, ein passendes Angebot vorfinden. Dafür wollen wir vor allem den förderungsnahen Wohnbau intensivieren.

Stichwort Bildung: Wie stehen Sie denn zu den Bildungsmaßnahmen der neuen Regierung? Sind Deutschförderklassen sinnvoll?

Dieter Posch: In einer Industriegemeinde wie Neudörfel hat man traditionell auch Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund. Bisher haben wir die soziale und sprachliche Integration gut über den Kindergarten und die

Volksschule bewältigt. Wenn die Kinder zusätzlich Hilfe gebraucht haben, haben sich einfach die Lehrerinnen und Lehrer in kleinen Gruppen um sie gekümmert. Mit der gesetzlichen Einführung von Deutschförderklassen steht man jetzt vor der Situation, etwas einrichten zu müssen, das andere Ressourcen braucht. Aus meiner Sicht hätten mehr Autonomie für die Schulen und die Anwendung von sozialer Intelligenz gereicht, um das Problem unzureichender Deutschkenntnisse zu lösen.

Christine Oppitz-Plörer: Aus Sicht der Kommunen ist die Rücknahme von verschiedenen Fördermaßnahmen zu bedauern. Die Menschen sind hier vor Ort, und jede Möglichkeit, sie besonders in den Arbeitsmarkt besser zu integrieren und zu qualifizieren, ist zu forcieren. Auch eine Universitätsstadt wie Innsbruck, welche sehr viele hochqualifizierte Arbeitsplätze anbietet, ist gefordert, besonders in der Grundbildung und in der Höherqualifizierung von Menschen ohne Pflichtschulabschluss oder mit sehr geringer formeller Bildung Angebote bereitzustellen.

Was braucht Österreich Ihrer Meinung nach derzeit am dringendsten?

Dieter Posch: Wir müssen von diesem kollektiven Feindbild des Migranten weg bzw. von diesem Reflex, alle Veränderungen in unserer Gesellschaft auf das Thema Migration zu schieben. Das Risiko ist groß, dass die Bevölkerung dadurch auseinanderdividiert wird. Dem Gedanken von Solidarität und gemeinschaftlicher Verantwortung wird immer mehr der Egoismus des „Tüchtigen und Fleißigen“ entgegengesetzt. Das ist eine Gefahr für den sozialen Frieden.

Christine Oppitz-Plörer: Wir erleben in den Kommunen derzeit das Anziehen der Wirtschaft, und als Wirtschaftsreferentin sehe ich das sehr positiv. Die Sicherung der Erwerbstätigkeit und die Hilfe zur Selbsthilfe für Menschen, die Arbeit suchen, und für Familien, die Unterstützung brauchen, ist eine große Aufgabe. Ich möchte die Leidenschaft fördern, in der Gesellschaft etwas gestalten zu wollen und möchte Bürgerinnen und Bürger darin unterstützen, dass sie einen positiven Beitrag für ihr Umfeld leisten können.

Die digitale Plattform www.offenerhaushalt.at ist bereits gut gefüllt. Wie leicht ist es Ihrer Gemeinde gefallen, Ihre Daten zu veröffentlichen?

Dieter Posch: Ich sehe die Plattform absolut positiv. Als Kommune muss man transparent sein. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht zu erfahren, was mit ihren Steuergeldern passiert. Andere Aspekte der Digitalisierung sehe ich aber kritisch. Die Digitalisierung darf nicht dazu führen, dass wir Menschen nicht mehr miteinander reden. Gerade die komplexen Themen einer Gemeindeverwaltung muss man den Leuten erklären können. Das lässt sich nicht einfach nur mit ein paar Kennzahlen darstellen.

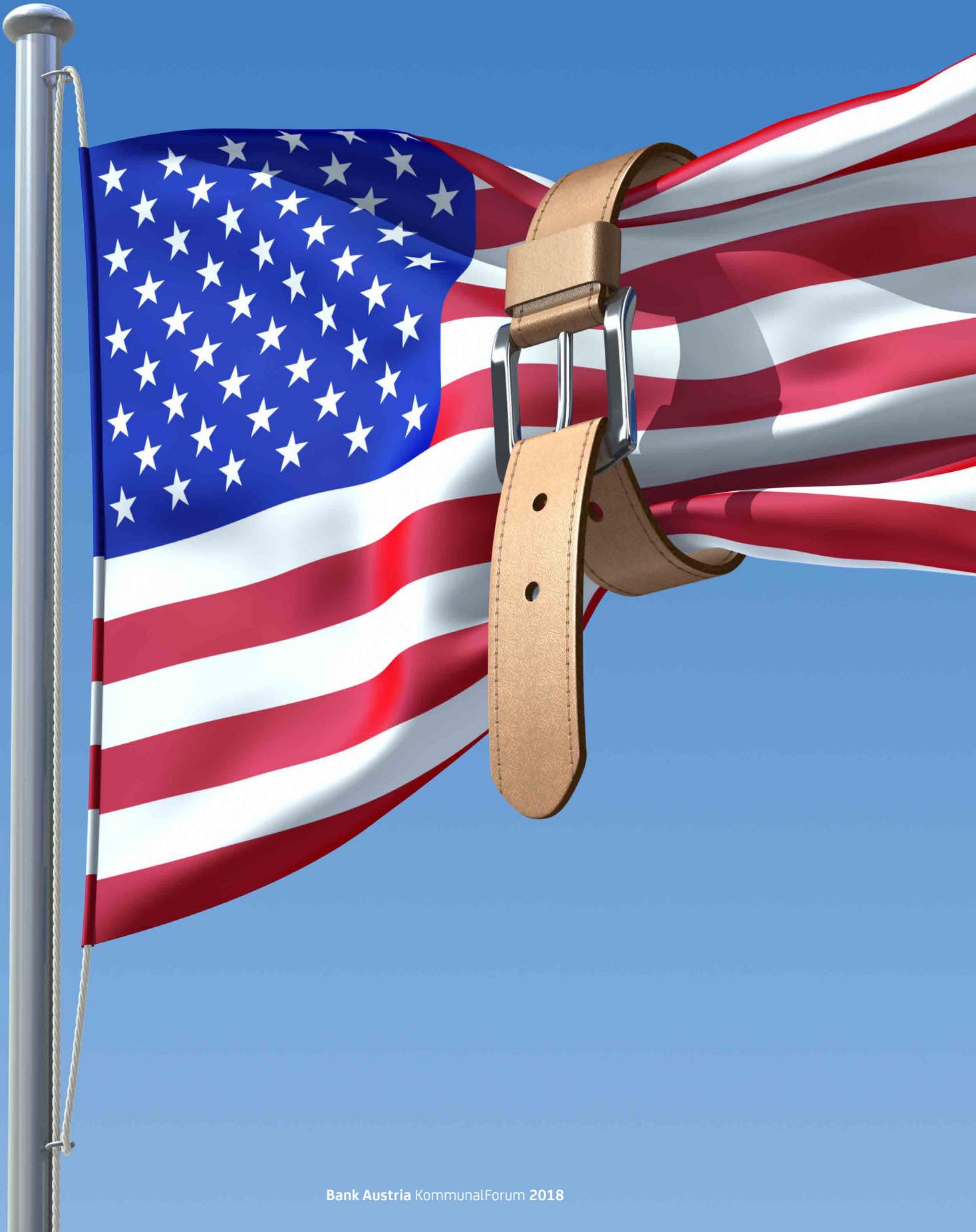
Christine Oppitz-Plörer: Unser Ziel in Innsbruck ist es, mit den Daten im offenen Haushalt bzw. im Budget eine nachvollziehbare Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Das ist nahezu eine Herkulesaufgabe, weil natürlich eine Vereinfachung und eine Aggregation von Daten oft zu Verzerrungen führen. Nichtsdestotrotz muss es Ziel sein, die Menschen in die Gestaltung des kommunalen Umfeldes einzubinden.



*Christine Oppitz-Plörer
Vizebürgermeisterin
von Innsbruck*



*Dieter Posch
Bürgermeister von
Neudörfel*





„Die USA müssten sparen“

Wie geht es 2019 mit der Wirtschaft weiter? Welche Auswirkungen hat die US-Politik auf die Konjunktur in Österreich? Wird es zu einem Handelskrieg kommen? Antworten auf diese Fragen gab Stefan Bruckbauer, Chefökonom der UniCredit Bank Austria.

„Der Einfluss der US-Politik auf die Weltwirtschaft ist mehr als normal.“ Mit diesen Worten begann Stefan Bruckbauer seinen traditionellen Ausblick auf die globale Konjunktur im Allgemeinen und auf die österreichische Wirtschaft im Besonderen. „Trump ist international sowohl in politischer als auch wirtschaftlicher Hinsicht ein bestimmender Faktor bzw. ein Unsicherheitsfaktor geworden. Es bauen sich zunehmend neue Risiken auf“, so Bruckbauer.

Unsichere Aussichten für den Welthandel

Aufgrund der expansiven Fiskalpolitik der USA, des dadurch begünstigten Investitionsbooms und der Zinserhöhungen durch die amerikanische Zentralbank Fed ergeben sich vor allem für die Schwellenländer negative Effekte. Bruckbauer: „Für den Dollar-Investor ist die US-Staatsanleihe ein sicheres Investment, und dieses bietet nun über drei Prozent Rendite. Daher investiere ich nicht in ein Schwellenland, das mir für ein höheres Risiko lediglich eine Rendite von 4,5 Prozent in Aussicht stellt.“

US-Zinssatz



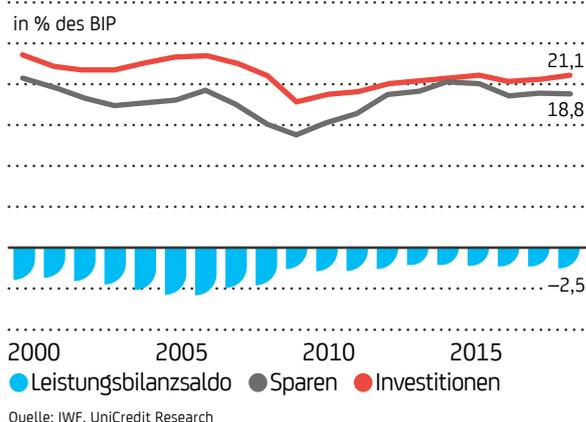
Quelle: Datastream, UniCredit Research

Hinzu kommt die spezielle Handelspolitik der USA. „Wir wissen einfach nicht, welche Konsequenzen sie haben wird. Wir wissen nur, dass sie derzeit Unternehmen davon abhält, Kredite für Investitionen in Schwellenländern aufzunehmen bzw. dass anstehende Kreditentscheidungen vertagt werden. Das belastet die Unternehmen in Europa und in der Folge in Österreich. Unsere Anlagenbauer werden ihre Maschinen womöglich nicht verkaufen können“, so Bruckbauer.

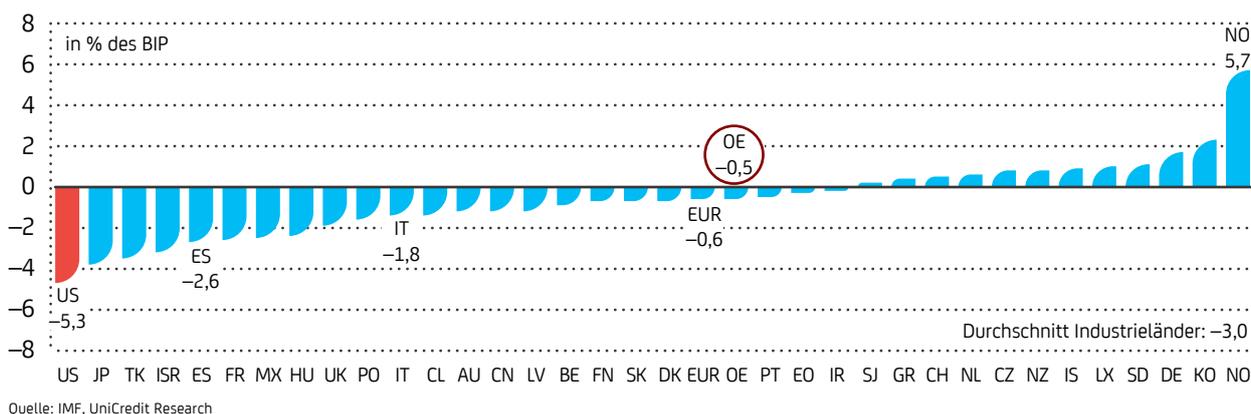
Langfristiger Schaden durch verfehlte Zollpolitik

Diese Maßnahmen seitens der US-Politik würden am Ende des Tages niemandem etwas bringen – nicht einmal der USA selbst. Bruckbauer: „Das Leistungsbilanzdefizit und das Budgetdefizit der Vereinigten Staaten sind enorm. Um aus dem Minus herauszukommen, müssten die USA ihren Haushalt sanieren und sparen. Trumps Versuche, durch massive Staatsausgaben und Strafzölle für andere Länder die eigene Wirtschaft weiter anzukurbeln, wird weder das Leistungsbilanzdefizit reduzieren, noch das Budgetdefizit dauerhaft verringern.“

Leistungsbilanz und Sparen USA



Budgetsaldo 2018 OECD-Länder



Die US-Konjunktur boomt, doch das Budgetdefizit der größten Volkswirtschaft der Welt ist riesig. Mit –5,3 Prozent ist es mehr als doppelt so hoch wie jenes von Spanien und fast dreimal so hoch wie das der drittgrößten EU-Volkswirtschaft Italien. Österreich liegt mit –0,5 Prozent vergleichsweise niedrig und sogar unter dem Durchschnitt der Eurozone mit –0,6 Prozent. Norwegen schneidet mit einem positiven Saldo von 5,7 Prozent am besten ab.

Abhängigkeit von Außenhandel

Den einzigen Erfolg, den die USA mit ihrer aktuellen Handels- und Fiskalpolitik kurzfristig feiern könnte, wäre eine vorübergehende Unabhängigkeit vom Außenhandel. „Die USA sind der größte Binnenmarkt, der am wenigsten globalisiert ist. Nur etwa ein Zehntel der Arbeitsplätze in den USA sind auf Außenhandel angewiesen. Selbst der chinesische Markt ist vom Ausland stärker abhängig“, so Bruckbauer. Zum Vergleich: In Österreich liegt die Abhängigkeit vom Außenhandel bei etwa 35 Prozent. Damit würden sich die Folgen von etwaigen Handelskriegen mit den USA in Österreich relativ bald bemerkbar machen.



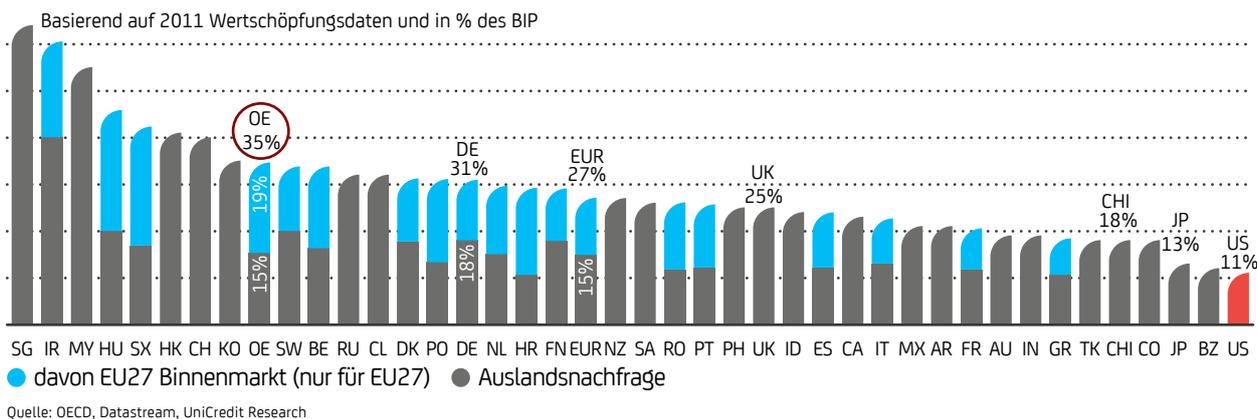
„Die Stimmung in Österreich ist – noch – gut.“

Stefan Bruckbauer,
Chefökonom UniCredit Bank Austria

Mehr Wirtschaftsinfos.

wirtschaft-online.bankaustria.at

Abhängigkeit des BIP von der Auslandsnachfrage



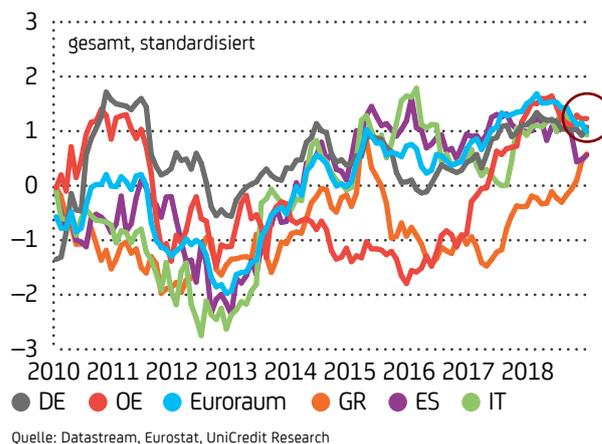
Am meisten vom Außenhandel abhängig sind Singapur, Irland, Malaysia, Ungarn, Hongkong und die Schweiz. Am wenigsten auf grenzüberschreitende Geschäfte angewiesen sind die USA, Brasilien und Japan.

Positive Grundstimmung in Österreich

Dennoch dürfe man nicht allzu pessimistisch sein. Bruckbauer: „In Österreich ist von diesen Veränderungen derzeit noch nichts zu spüren. Die Verbraucherstimmung ist gut, das Gewerbe – insbesondere die Bauwirtschaft – und der private Konsum sind stark. Unterstützung kommt vor allem durch den Arbeitsmarkt und real steigende Löhne.“

Für 2018 darf mit einem Wirtschaftswachstum um 2,7 Prozent gerechnet werden. Für 2019 werden immerhin noch knapp zwei Prozent in Aussicht gestellt.

Konsumentenstimmung



Wirtschaftswachstum (real)

	2013	2014	2015	2016	2017	Prognose	
						2018	2019
USA	1,8	2,5	2,9	1,6	2,2	2,9	2,4
Euroraum	-0,3	1,4	1,9	1,7	2,5	2,0	1,7
Deutschland	0,2	1,6	1,7	1,9	2,2	1,7	1,7
Italien	-1,7	0,2	0,8	1,3	1,6	1,0	0,8
Schweiz	1,9	2,5	1,3	1,6	1,6	2,9	1,6
Österreich	0,0	0,7	1,1	2,0	2,6	2,7	1,9
CEE (EU)	1,3	3,0	3,9	3,2	4,8	4,2	3,6
China	7,8	7,3	6,9	6,7	6,8	6,6	6,2

Quelle: UniCredit Research, Thomson Reuters Datastream

Das höchste Wirtschaftswachstum im Jahr 2019 wird mit 6,2 Prozent für China prognostiziert, gefolgt von den zentral- und ost-europäischen EU-Ländern mit 3,6 Prozent und den USA mit 2,4 Prozent. In Italien dürfte sich das BIP-Wachstum nur knapp an der Ein-Prozent-Linie bewegen.

Fünf Jahre offenerhaushalt.at – eine Erfolgsgeschichte

Mit der KDZ-Plattform www.offenerhaushalt.at wurde im November 2013 ein neues Kapitel in der Transparenz der Gemeindefinanzen aufgeschlagen. Seither sind wichtige Kommunaldaten übersichtlich und leicht verständlich für alle Interessierten zugänglich.

Mit dem Stabilitätspakt 2012 wurde es für Bund, Länder und Gemeinden verpflichtend, ihre Voranschläge und Rechnungsabschlüsse in maschinenlesbarer Form zu veröffentlichen. Mit offenerhaushalt.at hat das KDZ die Daten allen österreichischen Gemeinden in lesbarer und gut visualisierter Form für die Bürgerinnen und Bürger sowie für Politik und Verwaltung bereitgestellt.

Die Plattform beinhaltet die Haushaltsdaten aller österreichischen Gemeinden seit 2001. Die Gemeinden können selbst entscheiden, ob sie diese Transparenz für die interessierte Öffentlichkeit zugänglich machen wollen. Rund 1050 Gemeinden haben diese Möglichkeit inzwischen genutzt und laden auch ihre aktuellen Voranschläge und Rechnungsabschlüsse hoch.

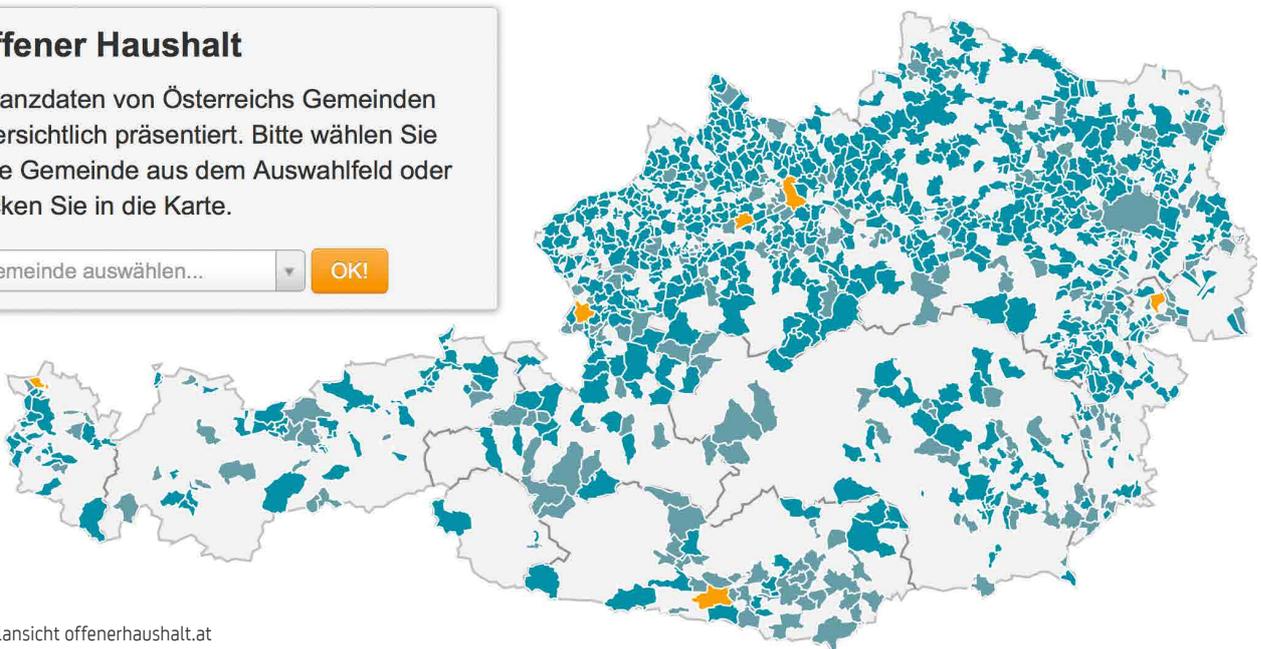
... www.offenerhaushalt.at: Informationen zu bereits mehr als 1000 österreichischen Gemeinden ...

Offener Haushalt

Finanzdaten von Österreichs Gemeinden übersichtlich präsentiert. Bitte wählen Sie eine Gemeinde aus dem Auswahlfeld oder klicken Sie in die Karte.

Gemeinde auswählen...

OK!



Beispielansicht offenerhaushalt.at

Und so funktioniert offenerhaushalt.at

Auf der Startseite werden die **Gesamteinnahmen** und **Gesamtausgaben** jeder Gemeinde dargestellt. Das KDZ hat dabei die Gliederung der Haushaltsreform vorweggenommen und die Haushaltsdaten in der Gliederung Querschnittsrechnung vom Gesamthaushalt bis zum Unterabschnitt dargestellt. Dies entspricht grundsätzlich dem Aufbau des ab 2020 umzusetzenden Finanzierungshaushalts. Mittlerweile ist ein Überblick über die Haushaltsdaten von nahezu 20 Jahren auf Knopfdruck möglich.

Von Beginn an dabei waren die Darstellung der **Schulden** und **Haftungen** jeder Gemeinde sowie eine Ansicht, die beschreibt, in welche **Leistungsbereiche** 1.000 Euro Steuereinnahmen fließen. Vor drei Jahren wurde auch der **KDZ-Quicktest** aufgenommen, womit der Status und die Entwicklung der Bonität abrufbar sind.

Für die Transparenz der Subventionen, Förderungen und Transfers wurde der **Subventionschecker** entwickelt. Salzburg, Linz, Wels und Bregenz machen damit die Subventionen inklusive Verwendungszweck und Empfängern sichtbar. Mit dem **Infrastrukturchecker** ist es möglich, die kommunalen Bauvorhaben hinsichtlich des Umsetzungsstands geografisch zu visualisieren. Dieses Tool wurde gemeinsam mit der Stadt Salzburg, die von Beginn an aktiv dabei ist, angefertigt. Aktuell wird die Option geschaffen, einen **Gemeindeförderbericht** zu erstellen und zu veröffentlichen.

Offenerhaushalt.at wird von rund 250.000 Userinnen und Usern aktiv genutzt und wurde bereits mit acht nationalen und internationalen Auszeichnungen für innovatives Kommunalmanagement gewürdigt.

Haushaltsreform bringt neue Informationen

Künftig ist aus dem Finanzierungshaushalt weiterhin ersichtlich, wie weit der Überschuss der laufenden Gebarung die Investitionen deckt und ein Schuldenaufbau oder -abbau erfolgt. Der Ergebnisvoranschlag zeigt neu, wie weit mit den Erträgen der Gemeinde die Aufwände für die kommunalen Leistungen einschließlich der Infrastruktur (in Form von Gebäuden, Straßen, Abwasser- und Wasseranlagen etc.) gedeckt werden können. Es werden bessere Informationen zum Ausmaß der Substanzerhaltung des Gemeindevermögens sowie zur Kostende-

ckung in den Gebührenhaushalten und zu den Zuschussbereichen (z. B. Kinderbetreuung) bereitgestellt.

Der Vermögenshaushalt liefert neue Informationen zum Wert des Vermögens. Damit verbunden ist die erforderliche Substanzerhaltung (Investitionen) des Vermögens. Der Vermögenshaushalt zeigt außerdem, wie das Vermögen finanziert wird bzw. in welchem Ausmaß Eigen- und Fremdmittel verwendet wurden.

Haushaltsreform wird in offenerhaushalt.at integriert

Ab Herbst 2019 wird www.offenerhaushalt.at neue Funktionalitäten umfassen: Der Ergebnishaushalt und der Vermögenshaushalt werden ab 2020 aufgenommen. Der Finanzierungshaushalt wird weitergeführt und bildet die Brücke in die Vergangenheit – damit wird weiter ein Vergleich ab dem Jahr 2001 möglich sein. Der bewährte KDZ-Quicktest auf finanzwirtschaftlicher Basis wird ebenso weitergeführt und ab dem Rechnungsabschluss 2020 ergänzt und entsprechend adaptiert.

Der KDZ-Quicktest Neu wird mit sieben Kennzahlen den Gemeindehaushalt auch künftig rasch und richtig analysieren. Dafür kommen aus dem neuen Ergebnis- und Vermögenshaushalt folgende Kennzahlen hinzu: die **Nettoergebnisquote** zeigt die Ertragskraft der Gemeinde nach Abschreibungen, die **Nettovermögensquote** bildet den Anteil an Eigenmitteln ab und die **Substanzerhaltungsquote** zeigt, wie weit die Investitionen die Abschreibungen decken.

KDZ-Quicktest im Vergleich

KDZ-Quicktest Neu

K1 – Nettoergebnis-Quote

K2a – Freie Finanzspitze

K2b – Eigenfinanzierungs-Quote

K3a – Verschuldungsdauer

K3b – Schuldendienst-Quote

K4 – Nettovermögens-Quote

K5 – Substanzerhaltungs-Quote

KDZ-Quicktest (Status)

K1 – Öffentliche Sparquote

K4 – Quote freie Finanzspitze

K2 – Eigenfinanzierungsquote

K3a – Verschuldungsdauer

K3b – Schuldendienstquote



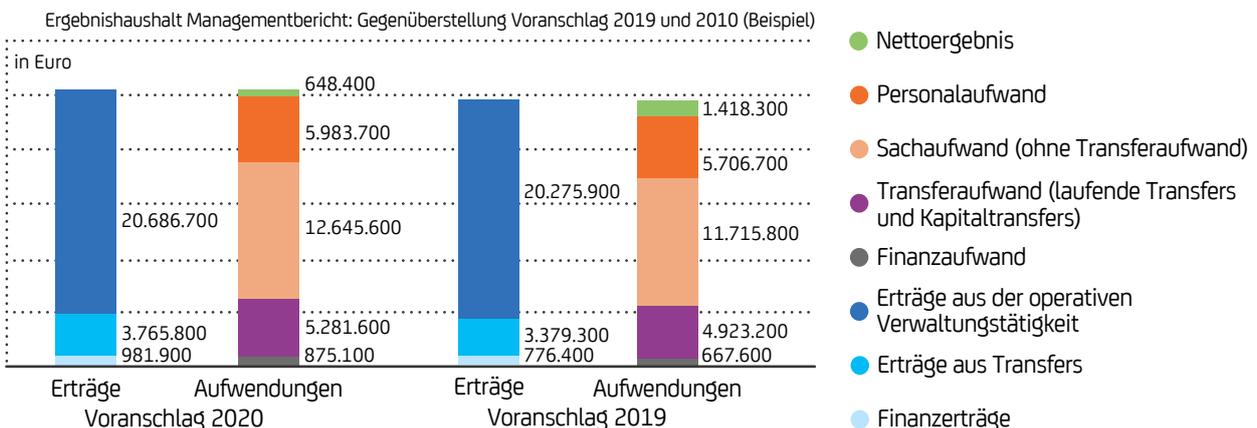
„Jede Gemeinde kann ab Herbst 2019 wie gewohnt den Voranschlag 2020 auf offenerhaushalt.at uploaden und damit den Anforderungen des Stabilitätspakts entsprechen.“

Peter Biwald, Geschäftsführer KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung

VRV neu: Managementbericht und Überleitungstool

In der zweiten Jahreshälfte 2019 muss der erste Voranschlag nach der VRV 2015 von allen österreichischen Städten und Gemeinden erstellt werden. Die neuen Praxisplaner von UniCredit Bank Austria und KDZ vereinfachen die Einführung.

Mehr Transparenz und Übersicht



Quelle: KDZ

KDZ-Managementbericht

Der KDZ-Managementbericht ist ein siebenseitiger Kurzbericht des Voranschlags bzw. Rechnungsabschlusses und bietet einen kompakten Überblick zum jeweiligen Rechenwerk. Er hat für Städte und Gemeinden folgende Vorteile:

- Zentrale Ergebnisse von Voranschlag und Rechnungsabschluss werden in einem Kurzbericht dargestellt.
- Automatisches Erstellen von Abbildungen und Grafiken.
- Entsprechend den Daten der Gemeinde werden automatische Textvorschläge erstellt.
- Der Bericht kann dem eigentlichen Voranschlag bzw. Rechnungsabschluss vorangestellt werden.
- Der Bericht kann zur Kommunikation des Voranschlags und Rechnungsabschlusses nach innen (z. B. Gemeinderat) und nach außen (z. B. Bürgerinnen und Bürger) benutzt werden.
- Den Entscheidungsträgern der Gemeinde kann der Bericht als Entscheidungsgrundlage dienen.

KDZ-Praxisplaner „Überleitung Finanzdaten“

Mit dem KDZ-Praxisplaner „Überleitung Finanzdaten“ können Gemeindefinanzdaten aus Voranschlag oder Rechnungsabschluss gemäß der VRV 1997 in die Logik der VRV 2015 übergeführt werden. Der Nutzen des Praxisplaners ist vielfältig:

- Gliederung der bestehenden Voranschläge und Rechnungsabschlüsse in Ergebnis- und Finanzierungshaushalt für den Gesamthaushalt sowie zehn Bereichsbudgets.
- Abbilden der finanziellen Situation der eigenen Gemeinde nach der Logik der VRV 2015.
- Darstellen, welches Nettoergebnis die eigene Gemeinde erzielt hat.
- Darstellen, wie die Liquidität der Gemeinde nach der Logik der VRV 2015 aussieht.
- Verfeinern des Überleitungsergebnisses durch Berücksichtigung von Abschreibungen und Rückstellungen möglich.
- Mit Hilfe des KDZ-Praxisplaners „Überleitung Finanzdaten“ können die Gemeinden bereits den Voranschlag 2019 und den Rechnungsabschluss 2018 in das neue System überleiten.
- Für den Voranschlag 2020 können die Daten für 2018 und 2019 im Managementbericht genutzt werden.

Allgemeine Informationen

Die neuen Instrumente (inklusive Anwendungsleitfäden) sind für alle österreichischen Städte und Gemeinden zum kostenlosen Download auf der Plattform www.praxisplaner.at verfügbar. Zugangsdaten erhalten Sie auf praxisplaner.at unter dem Link „Benutzerkonto beantragen“.



„Unsere Praxisplaner-Tools helfen bei der Umstellung auf die neue VRV.“

Clemens Hödl,
KDZ – Zentrum für
Verwaltungsforschung



Noch mehr Service.

Fragen zur kostenlosen Registrierung bzw. Anmeldung auf www.praxisplaner.at richten Sie bitte an Daniela Rubelli (rubelli@kdz.or.at). Für inhaltliche Fragen stehen Ihnen gerne MMag. Clemens Hödl (hoedl@kdz.or.at) und Robert Blöschl, MA (bloeschl@kdz.or.at) zur Verfügung. Wir würden uns sehr darüber freuen, von Ihnen Feedback zu erhalten oder auch Verbesserungsvorschläge für spätere Erweiterungen der Tools.

Kommunales Finanzmanagement einfach(er) gemacht

Die österreichischen Gemeinden leisten Enormes in Sachen Daseinsvorsorge und Zukunftssicherung. Die Aufgaben werden dabei von Jahr zu Jahr anspruchsvoller. Deshalb ist es besonders wichtig, einen verlässlichen Partner an seiner Seite zu haben.

Die Spezialistinnen und Spezialisten des Bereichs Public Sector bei der UniCredit Bank Austria verfügen über das umfassende Produkt- und Dienstleistungs-Know-how, um Gemeinden bei ihren kommunalen Herausforderungen mit innovativen, maßgeschneiderten Lösungen flexibel zu unterstützen.

Betreuungszentren des Public Sectors in allen Bundesländern sowie ein Beratungs- und Kompetenzzentrum in Wien sichern eine flächendeckende und kompetente Betreuung der Kunden. 73 Prozent aller Gemeinden in Österreich mit mehr als 3.000 Einwohnern vertrauen bereits auf die kommunale Expertise der UniCredit Bank Austria. Bei größeren Städten liegt dieser Wert bei nahezu 100 Prozent.

Das Angebot der UniCredit Bank Austria für Gemeinden im Überblick.

FINANZEN OPTIMIEREN UND PLANEN.

Auf Wunsch analysieren wir sämtliche Finanzpositionen Ihrer Gemeinde und begleiten Sie beim Entwickeln der geeigneten Lösungen für Ihr kommunales Finanzmanagement.

KREATIVE FINANZIERUNGS-LÖSUNGEN.

Für Ihre Gemeinde und Ihre kommunalen Betriebe bieten wir Finanzierungs-lösungen, die das Gemeindebudget schonen – z.B. PPP-Modelle und Leasingfinanzierungen.

MEHR LIQUIDITÄT SCHAFFEN.

Wir beraten Ihre Gemeinde im täglichen Finanzmanagement und beim Optimieren der Tilgungsstruktur Ihrer Investitionskredite, um neuen Liquiditätsspielraum zu schaffen.

ZAHLUNGS-VERKEHR.

Mit den eBanking-Lösungen BusinessLine, BusinessCash, BusinessNet und unserer MobileBanking App können Sie den Zahlungsverkehr und die Liquiditätssteuerung Ihrer Gemeinde optimieren.

RISIKEN ABSICHERN.

Zur Absicherung von Zinsrisiken stehen Ihrer Gemeinde verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung. Wir beraten Sie umfassend und bieten Ihnen die jeweils passende Lösung an.

Digitale Services für die öffentliche Hand

Zusätzlich zu ihren Finanzierungslösungen stellt die UniCredit Bank Austria praxisorientierte Online-Tools zur Verfügung, die sie gemeinsam mit dem KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung entwickelt hat und regelmäßig erweitert:

Investitionen und Vorhaben

Dieses Tool unterstützt Sie bei der Investitionsplanung und berücksichtigt Folgekosten aus Errichtung und Finanzierung.

Bonitäts- und Risikobewertung

Dieser Praxisplaner hilft Ihnen bei der Analyse und Planung der Gemeindefinanzen.

Kinderbetreuung

Dieses Online-Instrument vereinfacht die Planung von Betreuungsstellen nach finanziellen Gesichtspunkten und Bedarfsindikatoren.

Erweiterter Haushalts-Check

Dieser ermöglicht eine Gesamtdarstellung der Gemeindehaushalte mit ihren ausgelagerten Unternehmen.

Kommunale Vermögensbewertung

Mit Hilfe dieses Tools wird die Erstbewertung von Gemeindevermögen im Rahmen der neuen VRV erleichtert – inklusive Leitfäden.

Senioren- und Pflegeheime

Dieser Planer unterstützt bei der mittelfristigen Leistungs- und Finanzplanung für Senioren- und Pflegeheime.

NEU

KDZ Quicktest

Dieses Kennzahlenset gibt Ihnen – jetzt auch auf Basis der neuen VRV – einen schnellen Überblick über die finanzielle Situation Ihrer Gemeinde.

NEU

Managementbericht

Dieser erfasst die zentralen Ergebnisse von Voranschlag und Rechnungsabschluss gemäß der neuen VRV – inklusive KDZ-Quicktest NEU.

NEU

Überleitung Finanzdaten

Dieser Praxisplaner dient Ihnen zur Überleitung Ihrer aktuellen Haushaltsdaten in den neuen Voranschlag und Rechnungsabschluss.

Alle Tools sind kostenlos über die Internetplattform www.praxisplaner.at erhältlich. Außerdem finden sich hier ausführliche Beschreibungen über die Funktionsweisen der Instrumente sowie weiterführende Erläuterungen zum jeweiligen Themengebiet. Individuelle Unterstützung gibt es durch die Expertinnen und Experten des KDZ. Weiters stehen die Gemeindebetreuerinnen und Gemeindebetreuer der UniCredit Bank Austria gerne bei der Planungsberatung zur Verfügung.

Für noch mehr Durchblick.

Seit fünf Jahren ist die Plattform www.offenerhaushalt.at online. Mittlerweile haben sich mehr als 1000 österreichische Gemeinden registriert. Sie nutzen die Plattform aktiv, um ihre wichtigsten Finanzkennzahlen übersichtlich darzustellen und für alle Interessierten zugänglich zu machen. Damit wird rasch ersichtlich, für welche Leistungen in jeder Gemeinde Geld ausgegeben bzw. eingenommen wird.

Meinungen und Kommentare:

Karl Kern, ORF Salzburg und langjähriger Moderator des Bank Austria KommunalForum

„Ausnahmsweise von Medienseite her einmal ein Kompliment: Danke für die Plattform www.offenerhaushalt.at! Uns Journalisten können solche Services die Recherchearbeit ungemein erleichtern.“



Stefan Bruckbauer, Chefökonom UniCredit Bank Austria

„Österreich ist eines der globalisiertesten Länder der Welt. Dennoch hat sich unsere Einkommensverteilung in den letzten 40 Jahren nicht verändert. Ganz anders in den USA: Dort haben bis zu 60 Prozent der Einkommensbezieher in den vergangenen 35 Jahren keinen realen Einkommenszuwachs gesehen.“



Wolfgang Figl, Leiter Public Sector UniCredit Bank Austria

„Die Kommunen brauchen rasche und einfache Lösungen für ihre täglichen Herausforderungen. Mit dem jährlichen Bank Austria KommunalForum stellen wir ihnen eine Plattform zur Verfügung, auf der sie Antworten und Hilfestellungen von Experten – allen voran vom KDZ – bekommen.“



Walter Leiss, Generalsekretär Österreichischer Gemeindebund

„Nicht nur die Gemeinden werden von der Umstellung auf die VRV neu betroffen sein. Auch die Länder werden ihre Systeme umstellen müssen. Das bringt neben viel Arbeit einen klaren Vorteil mit sich: Erstmals werden die Finanzhaushalte der Bundesländer vergleichbar sein.“



„Beim Thema Förderungen darf der Begriff Transparenz nicht zum parteipolitischen Kampftool verkommen. Es muss jede Gemeinde selbst verantworten, wen oder was sie fördert. Für jede noch so kleine Maßnahme vollkommene Offenlegung inklusive Namensnennung zu fordern, geht an der Idee zur Vermeidung von Doppelgleisigkeiten im Förderwesen vorbei.“

Karl Aufner, Amtsleiter Mattersburg

„Wir setzen die VRV neu nicht nur deshalb um, weil wir müssen, sondern weil sie etwas Positives ist. Sie schafft eine klarere, gut nachvollziehbare Grundlage für Entscheidungen.“

„Die erste Vermögensbewertung im Rahmen der VRV neu ist eine Herausforderung. Nach dem Grundsatz des ‚ordentlichen Kaufmanns‘ darf man sich weder zu reich, noch zu arm machen. Es gilt, einen ‚plausiblen‘ Wert zu finden.“



Dieter Posch, Bürgermeister Neudörf

„Digitalisierung ist wichtig, sie darf aber den Menschen nicht die Gelegenheit nehmen, miteinander zu reden. Für die Politik sind der direkte Draht zu den Bürgerinnen und Bürgern und das persönliche Gespräch nach wie vor wichtig. Anders kann man ihnen kaum zufriedenstellende Antworten auf komplexe Fragen geben oder ihnen Entscheidungen zu schwierigen Themen erklären.“



Christine Oppitz-Plörer, Vizebürgermeisterin von Innsbruck

„Transparenz ist das A und O eines verantwortungsvollen Haushaltsmanagements einer Gemeinde. Die VRV neu leistet einen wesentlichen Beitrag dazu.“



Thomas Weninger, Generalsekretär Österreichischer Städtebund

„Transparenz ist formal im Stabilitätspakt verankert. Die modernen Tools von KDZ und UniCredit Bank Austria unterstützen die Umsetzung dieser Transparenz in der kommunalen Finanzverwaltung und erleichtern die Umstellung auf die VRV neu.“



Die beste Adresse für Ihre Fragen.

Für alle Fragen zum Thema Gemeindefinanzen stehen Ihnen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Public Sectors in Wien und in allen Bundesländern gerne zur Verfügung. Mehr über unser Angebot finden Sie im Internet unter publicsector.bankaustria.at.

Public Sector

Wien

Leitung Wolfgang Figl

1020 Wien, Rothschildplatz 1
+43 (0)5 05 05-41691
public.sector@unicreditgroup.at

Niederösterreich

Sylvia Gruber-Tiefenböck

2000 Stockerau, Sparkassaplatz 1
+43 (0)5 05 05-54096
sylvia.gruber-tiefenboeck@unicreditgroup.at

Burgenland

Kurt Zauchinger

2000 Stockerau, Sparkassaplatz 1
+43 (0)5 05 05-54910
kurt.zauchinger@unicreditgroup.at

Steiermark

Elisabeth Eisenberger

8010 Graz, Herrngasse 15
+43 (0)5 05 05-93102
elisabeth.eisenberger@unicreditgroup.at

Kärnten

Josef Neubauer

9020 Klagenfurt, Karfreitstraße 13
+43 (0)5 05 05-94107
josef.neubauer@unicreditgroup.at

Gerhard Kerschbaumer

9020 Klagenfurt, Karfreitstraße 13
+43 (0)5 05 05-64500
gerhard.kerschbaumer@unicreditgroup.at

Oberösterreich

Hubert Eisl

4020 Linz, Hauptplatz 27
+43 (0)5 05 05-96150
hubert.eisl@unicreditgroup.at

Salzburg

Hubert Eisl

5020 Salzburg, Rainerstraße 2
+43 (0)5 05 05-96150
hubert.eisl@unicreditgroup.at

Tirol

Martin Müller

6020 Innsbruck,
Maria-Theresien-Straße 36
+43 (0)5 05 05-65123
martin.mueller@unicreditgroup.at

Vorarlberg

Klaus Ölz

6900 Bregenz, Kornmarktplatz 2
+43 (0)5 05 05-98180
klaus.oelz@unicreditgroup.at



Internet

unternehmerbank.at
publicsector.bankaustria.at



E-Mail

public.sector@unicreditgroup.at



Mobile Publikationen

wirtschaft-online.bankaustria.at

Sie finden uns auf:



IMPRESSUM: Herausgeber, Verleger, Medieninhaber: UniCredit Bank Austria AG, Rothschildplatz 1, 1020 Wien, www.bankaustria.at | **Redaktion und Produktion:** Irene Müller-Gerstenbauer (UniCredit Bank Austria, Marketing Corporates), Edith Holzer (edith holzer communications) | **Autoren:** Peter Bijwald (KDZ), Clemens Hödl (KDZ) | **Grafik:** www.horvathgrafikdesign.com | **Fotos:** Coverfoto: www.shutterstock.com, Foto Wilke, WIENFOTO/Johannes Gradinger, Kurt Zauchinger, KDZ (beigestellt), Gemeindebund (beigestellt), Städtebund (beigestellt), Stadt Innsbruck (beigestellt), Gemeinde Neudörfel (beigestellt), Stadtgemeinde Mattersburg (beigestellt) | **Druck:** agensketterl | **Redaktionsschluss:** 19. Dezember 2018

Haftungsausschluss: Trotz sorgfältiger Recherche und der Verwendung verlässlicher Quellen kann keine Verantwortung für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Genauigkeit des Inhalts übernommen werden. Diese Publikation ist kein Angebot und keine Aufforderung zu einem Angebot. Die Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz ist unter <http://Impressum.bankaustria.at> zu finden.

Diese **Marketingmitteilung** wurde von der UniCredit Bank Austria AG, Rothschildplatz 1, 1020 Wien, erstellt.

Irrtum und Druckfehler vorbehalten.
Stand: Dezember 2018